

Leserbrief zum Artikel
"Windparks: Keine pauschalen Höhen und Abstände"
in der HAZ vom 20.04.2013

Warum keine pauschalen Abstände beim Bau von Windkraftanlagen? Versteckt sich die Landesregierung etwa vor der Verantwortung eine Entscheidung zu treffen?

Die Empfehlung der alten Landesregierung den Mindestabstand von Windenergieanlagen (WEA) zu Wohngebieten auf 1000 Meter festzulegen galt für Windräder mit einer Gesamthöhe von ca. 100 Metern. Im südlichen Landkreis Hildesheim werden aber WEA errichtet die doppelt so hoch sind wie ihre Vorgänger.

Hier irrt Herr Wenzel, wenn er glaubt das durch Weglassen von Abstandsvorgaben beim Bau von WEA eine effiziente Nutzung von Windenergie möglich ist.

Vor dem Hintergrund, dass wir im letzten Jahr ca. 23 Terrawatt/h überschüssigen Strom (die Jahresleistung von 2 Atomkraftwerken) erzeugt haben, ist es unsinnig bis über die Grenzen des Zumutbaren hinaus Windräder nah an Wohngebiete zu bauen. Dieser überschüssige Strom der auch bezahlt werden muß, findet sich in der EEG-Umlage wieder. Man sollte auch an Menschen denken, die heute schon ihren Strom nicht mehr bezahlen können.

Die Goldgräberstimmung die bei Landeigentümern ausgebrochen ist, kann man verstehen wenn man bedenkt, dass sie für ein Windrad auf ihrem Grund 20 000-30 000 Euro pro Jahr Pacht erzielen und das mindestens 20 Jahre garantiert. Auch die Spitzenrenditen die bei Beteiligungen an Windparks gezahlt werden deuten auf keine preisgünstige oder effiziente Windenergienutzung hin.

Für einige wenige ist die Windenergienutzung sicherlich sehr effizient.

Eine große Windkraftanlage erzeugt soviel Strom um ca. 4500 durchschnittliche Haushalte zu versorgen. Das würde bedeuten, dass alle Haushalte der Samtgemeinde Gronau (Leine) mit drei Windrädern ihren Jahresstrombedarf decken könnten.

Um eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten müssen im Hintergrund konventionelle Kraftwerke (Kohle- Gaskraftwerke) gedrosselt mitlaufen. Solar und Windenergie können nur zusätzlich zu konventionellen Kraftwerken genutzt werden - mit der Erwartung, wenigstens etwas an fossilen Brennstoffen einzusparen, dies aber zu einem viel zu hohen Preis. Der Ausstieg aus der Atomkraft ergibt doch erst Sinn, wenn er europaweit durchgesetzt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht sinnvoll nur auf Grund von Machbarkeitsstudien unsere Landschaft durch den Bau von Windparks für viele Jahrzehnte zu zerstören.

Bevor die Politik nicht ein gesamtheitliches Konzept für die Energiewende vorlegen kann, sollte der Landkreis Hildesheim in seinem RROP einen Mindestabstand von 1500 Metern von WEA zur Orstbebauung vorschreiben. Es gibt **kein** vernünftiges Argument um riesige Windräder nah an Wohngebiete zu errichten. Durch einen maßvollen Ausbau der Windenergie wird die Akzeptanz in der Bevölkerung sicher zurückkehren.

20.04.2013

18 Hildesheimer Allgemeine Zeitung

Windparks: Keine pauschalen Höhen und Abstände

Kreis Hildesheim (tw). Über Mindesthöhen und -abstände beim Bau von Windkraftanlagen wird zurzeit kontrovers diskutiert – Anlass ist das neue Raumordnungsprogramm des Landkreises. Konkrete Bedenken hat die Arbeitsgruppe „Kein Windpark Heinum“, die gegen geplante Riesen-Räder vor ihren Haustüren protestiert.

Der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, hat sich nun auf eine Landtagsanfrage zu dem Thema geäußert: Die Landesregierung lehne pauschale Abstands- und Höhenvorgaben grundsätzlich ab. Sie seien in der Regel nicht mit einer möglichst effizienten Nutzung der Windenergie vereinbar. Diese erfordere entsprechen hohe leistungsstarke Anlagen. Gleichwohl müssten Mensch und Natur geschützt werden – dafür sei jeweils eine Einzelfallprüfung nötig.

Die Heinumer Arbeitsgruppe will sich wegen der befürchteten Auswirkungen des in der Nähe geplanten Windparks an den Petitionsausschuss des Landtages wenden.